

Wer kann es sich heute noch leisten zu verreisen? Urlaub und andere Lebenslagen

Es geht um die „Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008“ beschreibt sie.

Aber handelt dieser Bericht auch von den realen Lebens- und Erholungsgewohnheiten, zu denen im Sozialstaat traditionell auch der Urlaub gehört? Erzählt der Bericht etwas darüber, wohin die Armen und die Rei-

nen Menschen, die 2007 arbeitslos waren, konnten sich einen Urlaub leisten? Darf ein Hartz IV-Empfänger überhaupt wegfahren? Für drei Wochen im Jahr ginge dies nach vorheriger Abmeldung bei der Arbeitsagentur. Einzelheiten regelt die sogenannte Erreichbarkeits-Anordnung (EAO). Und wo fährt er hin? Hat er gespart und wovon oder woran? Immerhin kann man Urlaubszuschüsse bei Wohlfahrtsverbänden oder beim



Wenn alle anderen verreisen hilft auch der beste „Ferien-Pass“ oft nicht weiter...

chen reisen, was es sie kostet? Und überhaupt: Wie ist die Urlaubslage der Nation?

Auch 2008 werden die Deutschen wieder Reiseweltmeister. Aber was heißt das und für wen? Was bedeutet es, wenn in einer Studie der Deutschen Bank geschrieben steht, dass in diesem Jahr „61 Milliarden Euro für Auslandsreisen locker gemacht werden“? Offensichtlich haben wir mit dem Wirtschafts- auch einen Urlaubsaufschwung. Aber bei wem kommt er an?

Zahlungskräftige Kunden verreisen drei bis vier Mal im Jahr – und dies sind meist teure Fernreisen, erklärte jüngst ein Mitarbeiter vom First Reisebüro in Essen. Normalverdiener fahren nur noch einmal im Jahr und oft nur noch für zwei Wochen in den Urlaub. Und die anderen? Knapp ein Viertel (23,4 Prozent) der Haushalte in NRW kann es sich nach eigenen Angaben nicht leisten, mindestens eine Woche Freizeit im Jahr anderswo als zu Hause zu verbringen. Jeder Vierte in Deutschland ist arm oder muss durch staatliche Leistungen vor Armut bewahrt werden, heißt es in dem über 360 Seiten umfassenden Armutsbericht, in dem dem Reichtum gerade mal acht Seiten gewidmet werden.

Wie viele der dort erwähnten 3,77 Millio-

Jugendamt beantragen. Allerdings ist der Urlaub dann an anerkannte Familienferienstätten gemeinnütziger Träger gebunden oder an familiene geeignete Jugendherbergen, Bauernhöfe oder Campingplätzen.

Auf Seite 193 des Armutsberichts findet sich der Satz: „Familien mit niedrigem Einkommen verzichten so beispielsweise auf Urlaubsreisen und sparen insbesondere an kulturellen und Bildungsangeboten.“ Was aber bedeutet das für die heranwachsende Generation, wenn beides nicht mehr angeboten wird? Was bedeutet dies für Familien, die sich immer nur im alltäglichen Stress zur Finanzierung und Bewältigung ihres alltäglichen Lebens sehen? Was heißt das für Kinder, wenn sie nach den Ferien gefragt werden, wohin sie verreist waren? Oder fragt man das schon nicht mehr? Immerhin gibt es im rot-roten Berlin für die, die in Berlin bleiben, für neun Euro einen Ferien-Pass mit rund 450 Freizeitangeboten – ein kühler Tropfen auf einen so heißen Sommerstein.

Der Armutsbericht sei ein Armutszeugnis für die Regierung, sagte Lafontaine auf dem Parteitag der LINKEN in Cottbus. Vielleicht sollte man den Bericht der Toskana-Fraktion der SPD in ihr sommerliches Paradies nachschicken.

Cornelia Hildebrandt

Zwischenruf

Kontrolle im Tiefschlaf

Die längste Nacht des Jahres ist gerade vorbei, die längste Pause steht noch bevor: Der Deutsche Bundestag geht in die Sommerferien... Sechs Wochen sind es an den Schulen. An Stammtischen ist das Lehrpersonal deswegen oftmals als faul verschrien. Seit geraumer Zeit wird dort allerdings ein anderes Lieblingsfeindbild gezeigelt: die Politik. Der Bundestag verschwindet für elf Wochen im Sommerloch...

Das Misstrauen in die vermeintlichen Volksvertreter wächst mit dem angeblichen Aufschwung, der bei den Menschen kaum ankommt. Die Politik trägt das Ihre dazu bei: Die Regierungsparlamentarier erhöhen sich die Diäten und vermeiden jedwede problematische Entscheidung. Die Partner der „Große Koalition“ bekämpfen sich in den Medien und machen die Opposition, wann immer es geht, mundtot. Dabei ist förmlich zu spüren, wie sehr die sogenannten „Volksparteien“ diese Sommerpause herbeisehnen.

Aber elf Wochen ohne Parlament sind schlicht zu viel. Die Volksvertreter sind gewählt, die Regierung zu kontrollieren. Im Juli und August aber verfallen sie seit Jahren in eine Art Tiefschlaf und überlassen dem Kabinett das Spielfeld – ohne wirkliche Kontrolle...

In Zeiten einer „Großen Koalition“ mag das weniger auffallen, da der Bundestag derzeit nicht viel mehr zu sein scheint als Stimmvieh der Merkel-Herde. Es gibt ständig Klagen, das letzte Jahr dieser Regierung würde vorgezogenen Wahlkampf statt Fortschritt bringen. Das mag sein.

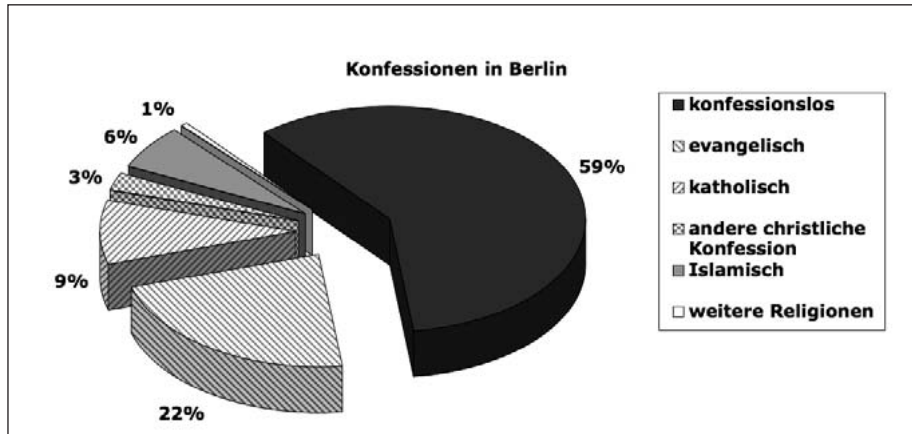
Aber nach dieser schwarz-roten Daurdurststrecke sollte eine solch offensichtliche Krise unter Regierungspartnern eine parlamentarische Demokratie wiederbeleben. Und genau aus diesen Gründen müssten sich die gewählten Volksvertreter – insbesondere die Opposition – vehement gegen den verordneten elfwöchigen Tiefschlaf wehren.

Natalie Rottka,
Mitarbeiterin MdB

Marx und Kant, Allah und Gott

Ethikunterricht für ein gegenseitiges Verstehen

Seit zwei Jahren gibt es in Berlin ab der siebten Klasse einen Gemeinsamen Ethikunterricht. Der Bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Steffen Zillich, begründet gegenüber der Bezirksbühne das Engagement der LINKEN für den Ethikunterricht.



Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, 2005

Was hat die Kampagne von „ProReli“ eigentlich mit dem Ethikunterricht zu tun?

„ProReli“ – unterstützt von den Kirchen und der CDU – geht es um ein altes Ziel: Der Religionsunterricht soll in Berlin Pflichtfach werden. In Berlin ist anders als in anderen Bundesländern, der Religions- und Weltanschauungsunterricht ein freiwilliges Unterrichtsfach.

Unter dem Slogan der „Wahlfreiheit“ soll ein Wahlpflichtfach eingeführt werden. Das hieße, dass Schülerinnen und Schüler zwischen Ethik und Religion wählen müssten. Wenn „ProReli“ Erfolg hätte, gäbe es keinen gemeinsamen Ethikunterricht mehr.

Warum ist Ethik für Berlin so wichtig?

In Berlin leben Menschen aus fast 200 Nationen mit ganz unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen. Diese Vielfalt ist die Stärke Berlins, stellt aber auch große Anforderungen an das alltägliche Zusammenleben der Menschen. Gegenseitiger Respekt und Toleranz ergeben sich ebenso wenig von selbst, wie die Verständigung über gemeinsam anzuerkennende Grundlagen des Zusammenlebens.

Dies stellt auch die Schule in Berlin vor besondere Anforderungen. Das Fach Ethik soll den Jugendlichen Raum geben, sich mit verschiedenen Lebensweisen und Vorstellungen bekannt zu machen und auseinanderzusetzen. Es soll für Gemeinsames, aber auch für Unterschiede sensibilisieren. Es soll zum Verstehen des Anderen, zum Dialog, zu friedlicher Konfliktlösung befähigen. Das kann nur gelingen, wenn alle Schü-

lerinnen und Schüler am Ethikunterricht teilnehmen, wenn sie nicht nach Religion oder Weltanschauung getrennt werden.

Inwieweit finden im Fach „Ethik“ religiöse bzw. weltanschauliche Elemente ihren Platz?

Es gibt Kooperationen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Es ist gut, wenn im Rahmen des Ethikunterrichts Moscheen, Synagogen, Tempel oder Kirchen besucht werden, damit Religionen authentisch erlebt werden können. Dabei muss immer gesichert sein, dass der Ethikunterricht weltanschaulich-religiös neutral stattfindet. Das ist Verfassungsgebot. Und es ist auch die Voraussetzung für den Erfolg. Verständigung kann nur gelingen, wenn keine Religion oder Weltanschauung bevorteilt wird.

Gegner des Faches werfen der rot-roten Koalition vor, den Religionsunterricht aus der Schule drängen zu wollen. Ist das auch eine Intention?

Nein. Die Berliner Regelung zum Religionsunterricht hat sich bewährt. Wir haben sie nicht geändert und haben das auch nicht vor.

Im Berliner Schulgesetz von 1948 wurde damals mit den Stimmen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberalen eine klare Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Sie gründete sich im demokratischen Neubeginn und trägt in besonderer Weise der säkularen Realität in Berlin Rechnung. Diese Regelung hat sich bewährt und erweist sich auch 60 Jahre

Aufgeschoben

Schon lange ist es angekündigt, das neue Berliner Hochschulgesetz (BerlHG). Doch Ende April machte die Senatsverwaltung einen Rückzieher: Erst im nächsten Jahr wird mit einem Entwurf aus dem Wissenschaftsressort zu rechnen sein. Ein wenig unklar bleiben die Gründe: Liegt es wirklich an einer Kleinen Anfrage, die der wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Wolfgang Albers, gestellt hat? Oder sind sich die SPD-Genossen untereinander nicht ganz einig, was sie gerne ins BerlHG schreiben wollen? 2009 wissen wir dann vielleicht mehr.

NR



Wolfgang Krüger
15. März 1944 – 24. Juni 2008

Wolfgang Krüger ist gestorben.

Damit geht ein Urgestein der Westberliner Linken. Mit ihm blieb der rote Wedding auch nach der Wende rot. Er hatte Visionen, nannte sie sozialistisch und steckte in konkreten Projekten vor Ort. Er konnte lachen, streiten, Brücken schlagen, war Kümmerer für viele und vieles. Er war warmherzig, solidarisch, links.

danach als Glücksfall für die multikulturell und multireligiös gewordene Stadt.

...und der Ethikunterricht hat eine andere Aufgaben?

Genau. Als Bekenntnisunterricht kann kein Religionsunterricht die besondere Funktion des gemeinsamen und integrativen Faches Ethik übernehmen: Es ist etwas grundsätzlich anderes, ob man sich des eigenen Bekenntnisses vergewissert oder gegenseitiges Verständnis einüben möchte; es ist etwas anderes, ob sich Christen untereinander über die Verständigung mit Muslimen unterhalten oder ob Muslime und Christen dies gemeinsam üben müssen. Weil letzteres so schwierig und so wichtig ist, brauchen wir den gemeinsamen Ethikunterricht.

Ein Jahr DIE LINKE – auf dem Weg

Parteitag und Ausblick auf eine gerechtere Politik

Ein Jahr ist Partei DIE LINKE nun alt. Eine junge Partei. Am 23. Und 24. Mai fand der erste Bundesparteitag statt. Er sollte eine Orientierung für die nächsten politischen Auseinandersetzungen geben und die Gremien der Partei wählen. Beides ist gelungen.

Der neu gewählte Parteivorstand besteht aus Vertretern der verschiedenen innerparteilichen Strömungen, der Gewerkschaften, der sozialen Bewegung, aus Strömungsungebundenen, Parlamentariern und Nichtparlamentariern. Sie kommen aus beiden früheren Quellparteien und repräsentieren die Breite der Partei DIE LINKE.

Beide Parteivorsitzenden wurden mit mehr als drei Vierteln der Delegiertenstimmen gewählt und haben so eine gute Legitimation für ihre Arbeit. Dass der etwas „chefige“ Stil Lafontaines nicht immer nur auf Zustimmung trifft, ist nachvollziehbar, vor allem bei denen, die sei jeher eigenständig dachten oder jenen, die sich von diesem Stil 1989 verabschiedeten. Wesentlich ist seine Rede zu den Wirkungen des Finanzmarktkapitalismus, zum Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, zur DDR.

Der verabschiedete Leitantrag beschreibt, wofür DIE LINKE steht und was für einen Politikwechsel nötig ist. Dazu gehören Forderungen nach Mindestlohn, Senkung des Rentenalters, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sowie ein Investitionsprogramm für Bildung, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und öffentliche Beschäftigung. Maßstab der Politik sollen dabei praktische Veränderungen im Interesse der Menschen auf dem Weg zu einer sozial gerechten Politik sein. Dabei gilt der Grundsatz: „Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung“.

Es ist notwendig, die permanente Umverteilung von unten nach oben von links in



DIE LINKE kommt an, auch beim 30. Christopher Street Day

Frage zu stellen und die Fehlentwicklungen dieses Prozesses darzustellen. Darüber hinaus muss DIE LINKE eigene Projekte entwickeln. Eines ist das geforderte Investitionsprogramm. Dabei ist wichtig, wie Menschen dazu befähigt werden, selber für ihre Rechte einzutreten und in Entscheidungsprozesse einzugreifen, selbst an der Entwicklung alternativer Projekte mitzuwirken.

Das aber bedeutet auch, dass ein Zurück zur alten Rentenformel vor dem Hintergrund komplexer Umbrüche der Arbeitswelt, der Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit nicht mehr möglich ist.

Was aber ist nötig und gleichermaßen möglich? Dazu werden wir weiter auch in unserer Rentenkampagne ausführlicher diskutieren, als es auf Parteitaggen möglich ist.

Cornelia Hildebrandt



europa - links

Zuwanderung mit zweierlei Maß

Unfassbare Bilder von Flüchtlingstragödien zwischen Afrika und Europa erreichen uns beinahe täglich. An den Stacheldrähten von Ceuta und Melilla, zwei winzigen Parzellen Spaniens in Marokko, riskierten in den vergangenen Jahren tausende von Menschen ihr Leben, um Armut, Kriegen und Elend in ihrer Heimat zu entfliehen.

Am 18. Juni hat das Europäische Parlament in Straßburg nach dreijähriger Debatte der so genannten ‚Abschieberichtlinie‘ zugestimmt. Damit hat es seine Chance verspielt, den tagtäglich an Europas Grenzen stattfindenden menschlichen Tragödien ein Ende zu setzen. Stattdessen hat sich die Mehrheit der Abgeordneten dafür entschieden, die „Festung Europa“ auszubauen und ihre Schutzwälle höher zu ziehen.

Die Folgen für Millionen in Europa lebende Migranten werden verheerend sein. Mit dieser neuen Richtlinie können Flüchtlinge bis zu 18 Monate lang in Auffanglagern inhaftiert und mit einem fünfjährigen Wiedereinreiseverbot belegt werden. Minderjährige, die ohne Begleitung von Erwachsenen auf der Flucht sind, können in Gefängnissen festgehalten werden. Diese skandalösen Bestimmungen stehen einer emanzipatorischen europäischen Flüchtlings- und Integrationspolitik diametral entgegen.

Im Hinblick auf die Zuwanderung in Europa darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, indem hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit offenen Armen empfangen werden, während Armutsflüchtlinge an der „Festung Europa“ abprallen. Gleichberechtigung muss hier oberster Maßstab sein. Schutzbedürftige Menschen sind auf gleichwertige Hilfe und menschenwürdige Aufnahmebedingungen angewiesen. Politische und wirtschaftliche Ursachen für Flucht sowie drohende Gefahren durch Misshandlung, Folter und Todesstrafe werden von den europäischen Regierungen aber nicht ausreichend berücksichtigt. Aufnahmelager und Stacheldrahtzaun sind menschenunwürdig.

Es darf nicht sein, dass hilfsbedürftige Menschen kriminalisiert werden. Die menschenverachtende Flüchtlings- und Asylpolitik, auf die sich die Europäische Union geeinigt hat, muss revidiert werden.

Felekna Uca, MDEP
Kordinatorin des Ausschusses für
Entwicklung und Zusammenarbeit
im Europäischen Parlament und
stellvertretendes Mitglied des
Unterausschusses für Menschenrechte

www.dielinke-europa.eu

Der Spatz vom Lietzensee

Ein Café für alle, kein Luxusschuppen im Park

Das war eine wüste Aktion, letzten Oktober. Der rbb war auch da. Innerhalb von wenigen Stunden war alles verpackt, Kühlschränke, Kaffeemaschinen, Grill, Tische, Stühle auf einen LKW verladen, und wir Spatzen sahen uns in unserem leeren Café um. Elisavet hatte das Gartencafé am Lietzensee über

Spatzenfüttern im verlängerten Frühstückszimmer des neuen high class Apartmenthauses im ehemaligen Kammergericht?

Warum die ehemalige Pächterin ihr Refugium räumen musste, trotz des dicken Stapels Unterschriftenlisten der Gäste?



Tod durch Bürokratie? Für lange Zeit versank das Café in einem Dornröschenschlaf – wer weckt es jetzt mit Baulärm?

Jahrzehnte zu einem beliebten Treffpunkt gemacht und schließlich letzten Herbst geräumt. Umsatzschwierigkeiten? Gästemangel? Quatsch, der Laden lief! Und immer waren wir Spatzen dabei, deshalb nannte man die Institution auch das Spatzencafé.

Jeden Winter lief der Pachtvertrag aus, weil das Bezirksamt nie so recht wusste, was es mit dem Flecken, auf dem ursprünglich mal ein Bootshaus stand, künftig anfangen sollte. Das war keine sonderlich befriedigende Situation, für die Pächterin nicht, weil sie nie eine Betriebssicherheit hatte, Aus- und Umbaupläne nie verwirklichen konnte und immer im Clinch mit den Behörden um ihre Betriebsgenehmigung lag. Der Bezirk hätte viel lieber eine Anlage als Gegengewicht zu den Kaskaden gehabt, aber keinen Plan dafür, wie das gehen sollte.

Den Gästen war das egal. Sie hatten ein Ausflugsziel, einen gemütlichen sonnigen Treffpunkt, attraktiv auch für Familien mit kleinen Kindern. Gut, gegen eine gründliche Renovierung hätten wir auch nichts, aber ob wir hier unbedingt einen Edelschuppen brauchen – Kinderlachen und

Der zuständige Baustadtrat Gröhler hatte ein Interessensbekundungsverfahren veranlasst. Dabei sind tolle Pläne vorgelegt worden. Auch Elisavet hatte einen Plan vorgelegt, der fiel bei der Jury durch, sie entschied sich für jemand mit Visionen. Elisavet hatte keine Visionen, sondern klare Vorstellungen für ihre Gäste – ehemalige Gäste, deren Gezeter ich mir jetzt anhören darf.

Der zweitplatzierte Bewerber, der ein anderes Café in der Nähe des Sees betreibt, hatte gegen das nicht transparente Verfahren eine Klage eingereicht. Hat aber nichts gebracht, weil ein Interessensbekundungsverfahren keine reglementierte Ausschreibung ist, sondern dem Stadtrat volle Handlungsfreiheit lässt. Dabei geht es aber nicht darum, wer die besseren Ideen hat, sondern wer sie am wirkungsvollsten präsentiert.

Acht Monate ist es jetzt her, seitdem das Café dicht gemacht wurde. Der Winter kam und ging, der Frühling kam und ging, jetzt ist Sommer: kein Kaffee, kein Kuchen, kein Bier, keine Bockwurst mit Kartoffelsalat, keine Gäste. – Und bis vor wenigen Tagen weit und breit keine Baumaschinen in Sicht.

Termine im Bezirk

9. Juli & 10. September 19 Uhr
Mitgliederversammlung DIE LINKE.

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg,
Otto-Suhr-Allee 100, Saal 3

16. Juli; 20. August; 17. September 19 Uhr
Koordinierungsrunde Bezirksvorstand DIE LINKE und SprecherInnen der Arbeitskreise

Restaurant Lavandevil,
Schustehrusstraße 3, U-Bhf.
Richard-Wagner-Platz

23. Juli & 27. August 19 Uhr
Redaktionssitzung "Bezirksbühne"

Rathaus Wilmersdorf,
Fehrbelliner Platz 4, Raum 3101

4. August & 1. September 19 Uhr
Bezirksvorstandssitzung DIE LINKE.

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Wilmersdorf,
Fehrbelliner Platz 4, Raum 3101

25. August & 8. September 19 Uhr
Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Soziale Stadtentwicklung
Rathaus Wilmersdorf,
Fehrbelliner Platz 4, Raum 3101

Letztens saß ich im Baum vor dem ehemaligen Café. Zuerst kam Heinz und Gertie, zwei Stammgäste, mit denen ich Sonntagnachmittags Erdbeerkuchen mit viel Schlagsahne aß. Von ihnen hörte ich, dass derjenige, der das neue Café bauen und betreiben wollte, das Spektakel noch mal nachgerechnet und daraufhin einen Rückzieher gemacht habe.

Und derjenige, der mir immer freundlicherweise Käse überließ, wusste zu berichten, dass der Zuschlag neu vergeben werde. Er konnte auch mit Sicherheit sagen, dass der neue Betreiber keine Spatzen einlässt und Preisvorstellungen entwickelt hat, die eher zu Gästen mit Brillen am Kleinen Fingerring passt, als zu Familien mit Kindern.

Wer das sein wird? Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, denn gegenüber liegt das ehemalige Kammergericht...

... weiß: Euer Spatz vom Lietzensee.

Volker Fischer

Impressum:

Herausgeber: Bezirksvorstand
DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf
V.i.S.d.P.: Torsten Hesse
E-mail:

bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de
Bildrechte, wenn nicht anders angegeben:
Bezirksverband

Erscheinungsdatum: 09. 07. 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

KOMPASS – Der kommunalpolitische Arbeitskreis

Bürgerhaushalt – Chance oder Feigenblatt?

Ein erster Stadtteil-Test

Klausenerplatz

Kiezkonferenz 2008

Dienstag, 8. Juli 2008 um 18 Uhr

in der Nehring-Grundschule,
Nehringstraße 9-10

Was macht der Bezirk mit Ihrem Geld?



Moderation: Ulli Zelle

Abbildungen: Bezirksamt

Nach mehr als einjähriger Vorbereitungszeit startet am 8. Juli, mit der Kiezkonferenz am Klau-sener Platz, die Realisierungsphase eines ersten, noch auf einen klei-nen Stadtteil beschränkten Bürger-haushalts. Anwohner(innen) sollen mitentscheiden, welche Schwer-punkte im Bezirk beim Einsatz öf-fentlicher Mittel gesetzt werden.

Dieses in Charlottenburg-Wilmersdorf neue Instrument der demokratischen Mitgestaltung wurde in Berlin von der LINKEN angeschoben und in anderen Bezirken bereits erprobt. Eine Ausweitung auf den Bezirk insgesamt wird nach Abschluss der ersten Realisierungsphase diskutiert werden.

Grund zum Jubeln besteht aber nicht. Der Erfolg des Bürgerhaushalts – das weiß man bereits aus anderen Ländern – hängt maßgeblich von der Glaubwürdigkeit bei der Umsetzung ab. Eine Bevölkerung, die den Eindruck gewinnen muss, dass ihre Entscheidungen letztlich nicht umgesetzt werden, nichts bewirken, wird sich nicht nur von einem solchen Instrument schnell wieder verabschieden, sie wird die politischen Akteure auch mit Misstrauen abstrafen – mit Politikverdrossenheit, wie man das heute nennt.

Und diese Gefahr besteht – nicht weil dem Bezirksamt oder der BVV zu unterstellen wäre, dass sie die Entscheidungen im Verfahren des Bürgerhaushalts nicht ernst nähmen, sondern weil einfach kaum etwas zu entscheiden ist. In der Einheitsgemeinde Berlin werden den Bezirken fast alle Finanzmittel (mit Ausnahme der Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung und Bußgeldern) von der Landesebene zugewiesen, große Teile bereits zweckgebunden. Und die Haushälter im Bezirk sind bei der Verteilung der zugewiesenen Mittel zunächst an die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben gebunden. Der Anteil, über den die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden könnten (wenn denn der Bürgerhaushalt bereits flächendeckend organisiert wäre), lag zuletzt bei gerade einmal vier Prozent der Gesamtmittel.

Da muss die Frage schon erlaubt sein, ob der – auch finanzielle – Aufwand, den die Aufstellung eines Bürgerhaushalts im Gesamtbezirk mit sich bringen würde, noch in einer vernünftigen Relation zum Ergebnis stehen kann. Und die Bürgerinnen und Bürger werden sich fragen, ob die Idee einer intensiveren Beteiligung an politischen Entscheidungen nicht eher den Charakter eines Feigenblattes hat.

Es gibt Tendenzen, die durch die Einführung des Bürgerhaushalts auf Landesebene zu begegnen – ob dies allerdings der richtige Weg ist, scheint fraglich. Denn bei knappen Kassen, mit denen Berlin noch eine ganze Zeit lang leben muss, besteht selbstverständlich die Gefahr, dass eine politische Projektentscheidung der Bevölkerung auf Landesebene zur weiteren Verkürzung der Mittel für die Bezirke führt.

Außerdem lässt sich der Gedanke direkterer Partizipation

an politischen Entscheidungen auf dezentraler Ebene besser organisieren, bleibt transparenter und nutzt vorhandene Kompetenz effektiver als bei zentral gesteuerten Maßnahmen – die politischen Auseinandersetzungen zwischen Bezirken und Senatsebene über alle Parteigrenzen hinweg belegen dies fast täglich. Der Bürgerhaushalt als nur ein (wenn auch eminent wichtiges) Mittel der demokratischen Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten muss in ein Maßnahmenpaket eingebettet werden, das die bezirkliche Entscheidungskompetenz auch in finanzieller Hinsicht stärkt und damit eine stärkere Betonung dezentraler und kooperativer Entscheidungsstrukturen schafft – so wie Berlin gewachsen ist, muss es auch verwaltet werden.

Diesen Gedanken in die Diskussion zu bringen und entsprechende Modelle zu entwickeln, wird Aufgabe linker Kommunalpolitik in den nächsten Jahren sein müssen. Gelingt es, den Bürgern unseres Bezirkes klar vor Augen zu führen, wie minimal die politischen Spielräume auf Bezirksebene sind, ist eine Mehrheit für eine grundlegende Strukturreform vorstellbar – ob allerdings die jetzt neu entbrannte Diskussion über die Verhinderung eines politischen Bezirksamtes dabei hilfreich ist, darf bezweifelt werden.

Uli Riedel



DIE LINKE und die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf

Im Kleinen verändern, um Großes zu erreichen



Links denken, links leben, links agieren ist nicht einfach, aber machbar. Seit Oktober 2006 versuchen wir zu zweit für den Bezirk gemeinsam mit Mitgliedern und denen, die uns unterstützen, in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine gute, starke, zukunftsorientierte linke Politik zu machen. Wir haben so in unserer Arbeit politische Akzente gesetzt. Wir werden von den anderen Parteien als politischer Gegner und Partner wahrgenommen und akzeptiert. Anhand einiger kurzer Beispiele möchte ich möglichst viele in den politischen Alltag der BVV-Arbeit mitnehmen.

Kulturwirtschaftsbericht:

Der LINKEN ist es gelungen, zu diesem Thema eine AG zu gründen und zu leiten, die dann für den Ausschuss Kultur und Weiterbildung den ersten Runden Tisch im Bezirk mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Banken, Politik, Senat und aus der Kulturszene, verwirklichte. Dieses Treffen war der Anfang für das große und erfolgversprechende Colloquium mit allen Betroffenen dieser Branche.

Mit unserem Antrag und Engagement, einen Runden Tisch – ähnlich dem Dortmunder Modell – zur Problematik der **Bordelle im Bezirk** einzurichten, haben wir einen Meilenstein gelegt und so die Schließung von

Klein-Bordellen verhindern können. Seitdem wird zweimal im Jahr getagt und ein Zwischenbericht seitens des Bezirksamts an die BVV erbracht. Unser Ziel ist es, die freiwillige Prostitution vor Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung, Zwang und jeglichen gesundheitlichen Defiziten zu schützen. Außerdem möchten wir damit das bundesweite Gesetz, das die Prostitution als einen Berufszweig ansieht und diesem Klientel damit auch jedes entsprechende Recht gewährt, auch in unserem Bezirk step by step wirksam werden lassen.

Mit kleinen Anfragen und Diskussionen in den Ausschüssen zum **Rechtsextremismus** können wir Mängel in der Aufklärungsarbeit im Bezirk erkennen und beheben. Wir leben in einem Bezirk, in dem verbale und körperliche Angriffe von Rechts als Ziffer in der Berliner Statistik zwar weniger, aber dennoch vorhanden sind. Mit unserer Arbeit wollen wir die Projekte und Arbeiten vor Ort, gegen alles reaktionäre, rechtsgerichtete, antisemitische Verständnis, gegen Hass- und Wut sowie die Unwissenheit – insbesondere von Jugendlichen und Kindern – unterstützen und fördern.

Den **Alltag für SGB II EmpfängerInnen** so weit wie möglich zu erleichtern und ihnen eine Motivation für ihr Leben zu geben, ist

eines unserer Ziele. In den Ausschüssen wird darüber debattiert, aber – wie ich finde – zu wenig und zu wenig konkret. Deshalb sehen wir uns verpflichtet, Gesprochenes und Geschriebenes in die Tat umzusetzen. Unser Antrag, eine kostenlose Hotline beim JobCenter einzurichten, wurde im Konsens durch die BVV bestätigt. Weitere Anträge und Arbeiten sind in Vorbereitung: z. B. flexiblere Öffnungszeiten des JobCenters für gering beschäftigte SGB II-Empfänger.

Auch setzen wir uns für die **politische, soziale, wirtschaftliche, schulische Emanzipation und den Fortschritt der Frau** ein. Hierbei geht es auch darum, die Gleichstellung der Frau in der Bezirksverwaltung voranzutreiben. Hierzu zählte die aktive Teilnahme an der Vorbereitung für die Frauenmesse am 8. März 2008, d. h. Gründung, sowie Leitung einer AG und Erstellung eines Flyers, um den Gender-Mainstreaming-Ausschuss bekannt zu machen.

Für **SchülerInnen, Jugendliche und Kinder** versuchen wir mit Anträgen zu besseren Bildungschancen, zur Gleichstellung vor dem Gesetz und mit Aufklärungsarbeit zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, deren Lebenssituation zu verändern. Kinderschutz wird für mich groß geschrieben. Deshalb versuche ich gemeinsam mit GenossInnen, einen Antrag mit der Überschrift „Kinderrechte und Kindsein“ als Entwurf eines Artikels für die Berliner Verfassung im Interesse der Kinder einzubringen.

Fortsetzung nächste Seite ->



Nurda Tazegül

geb. 1973 in Kurdistan, seit 1976 in der BRD. Dolmetscherin. Mitglied der BVV und der Ausschüsse Bürgerdienste, Gender Mainstreaming, Kultur und Weiterbildung, Soziales, Gesundheit und Arbeit.

Integration ja - aber bitte woanders?

CDU-Stadtrat legt Moscheebau am Mierendorffplatz auf Eis

Es mutet wirklich abenteuerlich an: Fast ein Jahr musste vergehen, bis der fachlich zuständige Stadtrat „herausfand“, dass der von Seiten des Bezirksamtes empfohlene Weg zur Sicherung eines Bauprojektes – ein simpler Vorbescheid – nicht ausreichen würde, sondern ein Bebauungsplanverfahren erforderlich sei, das erfahrungsgemäß dann noch einmal ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Wäre dies einem Investor aus der „Wirtschaft“ widerfahren, das Geschrei gerade aus den Reihen der CDU wäre unüberhörbar gewesen, aber diesmal ging es ja nur um ein Gemeindezentrum – und zwar nicht um ein christliches (also mit C), sondern um ein muslimisches, die Rede ist vom Projekt des Vereins Inssan im Mierendorffkiez.

Die noch im November auf Initiative der Linken einstimmig – also auch mit den Stimmen der CDU – von der BVV beschlossene Resolution zur Unterstüt-

zung des Projektes war von Unions-Seite dann doch wohl eher eine Finte.

Natürlich war es reiner Zufall, dass genau an dem Tag, an dem Inssan sein Einverständnis mit dem geänderten Verfahrensablauf erklären sollte, ein Investor aus der bereits erwähnten „Wirtschaft“ das besagte Grundstück gekauft hat. Und sicherlich ist es auch völlig normal, dass ein solcher „Profi“ ein Grundstück erwirbt, das sich gerade ohnehin in einem Planänderungsverfahren befindet, ohne auch nur ein einziges Telefonat mit der zuständigen Behörde zu führen, was denn auf dem Grundstück gebaut werden kann. Und wahrscheinlich wird jetzt auch rein zufällig ein Bauvorbescheid ausreichen – es ist ja ein anderes Projekt.

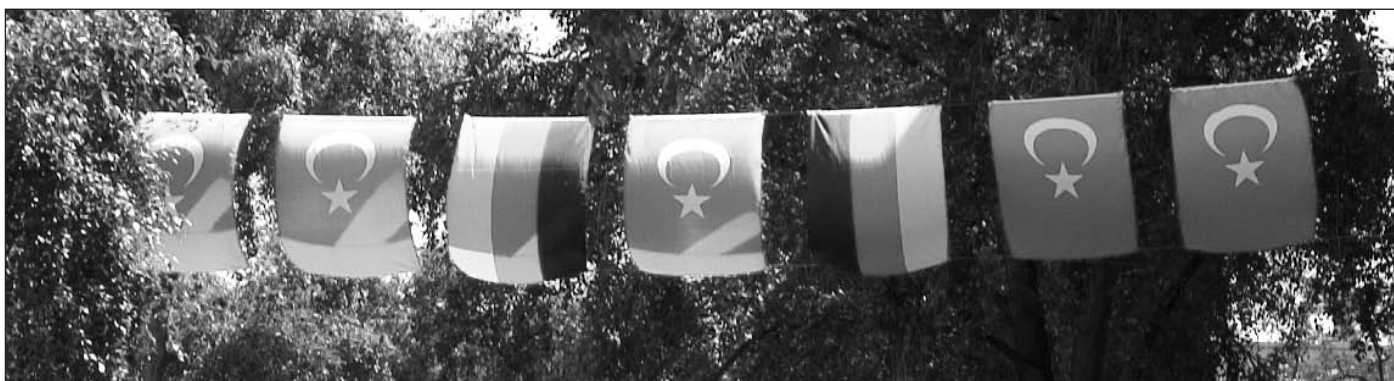
Das Bezirksamt hat jedenfalls nichts davon gewusst; der Fraktionsvorsitzende der CDU allerdings hat sich in der Mai-Sitzung der BVV verplappert: Mit solchen Leuten könne man keine Verträge ab-

schließen (was übrigens auch gar nicht geplant war, wie der Stadtrat noch in der gleichen Sitzung schnell richtigstellte).

Politisch wird dabei übersehen, dass das geplante Gemeindezentrum in allererster Linie als Integrationsprojekt angelegt ist. Und zur Integration gehören immer zwei Seiten, die beide mehr tun müssen, als eben diese Integration zu fordern. Für den Bezirk gehört in jedem Fall dazu, entsprechende Projekte zu ermöglichen – und nicht, sie zu verschleppen, bis jede Realisierung durch Zeitablauf unmöglich wird.

Die BVV hat jedenfalls das Bezirksamt nunmehr verpflichtet, die Aktiven von Inssan bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück zu unterstützen – und die Linke wird sehr genau darauf achten, dass dieser Verpflichtung nachgekommen wird.

UR



Ein Beispiel für gelungene Integration in der Charlottenburger Nehrungstraße – Trotz hohem Ausländeranteil: hier sind Deutsche willkommen ...

Fortsetzung ->

Wir wollen ein **externes Kontrollgremium für die Kitas** im Bezirk einsetzen. Das Gremium soll parteiübergreifend aus unabhängigen, neutralen, Fachwissen nachweisenden Personen mit pädagogischem Hintergrund bestehen. Kitas sind ein wichtiger Bestandteil im Leben eines Kindes und in der Entwicklung seiner Persönlichkeit. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Kinder gesunde Ernährung, Pflege, Bildung, Wissen, Abwechslung und soziale Kompetenzen erhalten.

Auch im Bereich von **Schule und Ausbildung** suchen wir nach Alternativen und Möglichkeiten, Jugendliche und Schüler bestmöglich weiterzubilden. Ein Ansatz ist, dass wir Einblick in die Auswertung der Eignungstests der Verwaltung haben wollen, um zu sehen wo, wie und warum es welche Defizite bei den Betroffenen gibt. Aus welchen Schulen,

vorher auch Kitas, und Familien sie kommen. Dann können wir auf die Schulen zugehen und mit ihnen neue Ansätze finden und umsetzen, damit sich diese Wissenslücken schließen lassen.

DIE LINKE ist die erste Partei, die den Dialog mit dem Verein Inssan und der Dorfwerkstatt, sowie das Gespräch mit den Gründern der Menschen für Mierendorff bezüglich der heiklen Thematik **Moscheebau am Mierendorffplatz** gesucht hat. Unser Ziel ist es, ein friedliches, soziales, kulturelles und religiöses Miteinander zu gestalten. All die Ängste und Vorurteile von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, politischer Einstellung zu verstehen, ist eine unserer Aufgaben. Dabei bekämpfen wir das rechte Gedanken-gut, das sich – durch die Schwächen anderer bekräftigt – ausweiten könnte. Wir sagen:

Bezirk und Kiez sind der rechten Gewalt und Propaganda gewachsen und zeigen Mut, sowie Solidarität mit den nicht-deutschen Mitmenschen.

Dass der **Zug der Erinnerung** am Gleis 17 Station machte, ist auch ein Erfolg für uns. Wir haben den Antrag gestellt, der schließlich in einem Antrag mit anderen Parteien aufging; unsere sachlich politische Begründung allerdings wurde ohne Änderung übernommen.

All diese Arbeit und Anstrengung zeigen uns – und hoffentlich auch anderen, dass wir es schaffen können, unsere gemeinsamen linken Ideale im Bezirk zu vertiefen und zu gestalten.

Nurda Tazegül

Stadtentwicklung von oben

Bezirk und Land sind nicht immer derselben Meinung

Es geht – geographisch wie verkehrstechnisch, aber auch wirtschaftlich – um das Herzstück des Bezirks: das Gelände zwischen Kaiserdamm und Deutschlandhalle, häufig nur mit den Schlagworten „Messe“ oder „ICC“ in der Diskussion.

Die neueste Entwicklung ist: Das Grundstück am Messedamm 1 (Ecke Kaiserdamm) wird mit der Hauptstadtniederlassung von BMW bebaut, fünf Architektenentwürfe wurden vorgelegt und ausgewertet – keiner überzeugt, was daran liegen mag, dass die Vorgaben für den Wettbewerb, entgegen vorheriger Absprachen, allein von BMW gemacht wurden. Aber die Senatsbaudirektorin, die eigentlich höchstens teilweise zuständig ist, war damit einverstanden. Man will ja keinen Investor verprellen.

Damit ist der dringende Wunsch – nicht nur der LINKEN – unter den Tisch gefallen, bei der Entwicklung dieses Schlüsselgrundstückes eine behindertengerechte und witterungsgeschützte Verbindung vom U-Bahnhof Kaiserdamm zum S-Bahnhof Messe Nord (Witzleben) zu schaffen, die im Rahmen des anstehenden Vorhabens kostengünstig möglich wäre, und gleichzeitig eine verkehrstechnisch und ökologisch sinnvolle Anbindung des BMW-Standortes mit seinen geplanten mehreren hundert Arbeitsplätzen an den öffentlichen Personennahverkehr gewährleisten könnte. Noch sind die Planungen nicht abgeschlossen, die Genehmigungen nicht erteilt – oder anders gesagt: die Messen noch nicht gesungen. Aber es wird schwer werden, diese sinnvolle Maßnahme jetzt noch in das BMW-Projekt hinein zu verhandeln. Einziges verbleibendes Druckmittel ist



Das Messengelände von Norden (Quelle: Messe Berlin)

die Tatsache, dass BMW sich gerne einen Teil der Verbindung zwischen Messedamm und Kaiserdamm über die Rognitzstraße einverleiben möchte – doch auch hier gibt es schon Zusagen von der Senatsebene.

Und sogleich folgt der zweite Streich: Dem Vernehmen nach wird der Liegenschaftsfond Berlin noch in diesem Monat das Grundstück „P1“, den öffentlichen Parkplatz gegenüber dem ICC, auf den Markt werfen – die Stadt braucht Geld. Als denkbare Nutzung werden angegeben: „messenaher Dienstleistungen, Hotel“. Der Bezirk wurde hierzu – wie immer häufiger – nicht befragt. Nun mag die angedachte Nutzung sinnvoll erscheinen – sie ist es aber nicht. Auf Beschluss der Senatsverwaltung wurde nämlich aktuell bereits ein Hotelneubau auf dem Hammerskjöldplatz gegenüber dem Haus des Rundfunks genehmigt. Dort wird ein spanischer Investor ein mehr als 90 Meter hohes Hotel mit eigenem Konferenzbereich errichten, was ebenfalls am Bezirk vorbei entschieden wurde. Der zuständige Baustadtrat ist zwar nunmehr eingeladen, an der Farbabstimmung für die Fassade teilzunehmen, sollte dies allerdings unterlassen. Neben diesem neuen Hotel gibt es am Zentralen Omnibus Bahnhof das Ibis-Hotel, am Kaiserdamm das Hotel am Studio und kleinere, mittelständische Betriebe wie etwa

das Hotel Brandies, die alle weniger ausgelastet sind, als dies betriebswirtschaftlich wünschenswert wäre. Es finden eben nicht das ganze Jahr lang Messen und Kongresse statt. Es spricht also nicht viel dafür, gegenüber dem ICC ein weiteres großes Hotel zu errichten – das weiß man im Bezirk, auf Landesebene weiß man es offensichtlich nicht.

Immerhin ist nunmehr sichergestellt, dass das ICC erhalten bleibt, obwohl die Messe Berlin viel lieber ein kleines Convention-Center anstelle der – denkmalgeschützten – Deutschlandhalle errichten würde. Wofür dies allerdings geeignet sein soll, wenn doch der spanische Investor in seinem Neubau auf dem Hammerskjöldplatz bereits ein solches integriert, wird man sich auch weiterhin fragen dürfen – wie übrigens auch, warum die Deutschlandhalle bereits 2009 abgerissen werden soll (so der Senatsbeschluss), also lange bevor der „Ersatzbau“ einer Eis-sporthalle in der Glockenturmstraße (Projekt „P9“) überhaupt begonnen wird. Und:

Was ist das für ein Ersatz? Die Arbeitsgruppe „Messe“ des Stadtplanungsausschusses im Bezirk, die auf Antrag der LINKEN eingesetzt wurde, wird sich im laufenden Jahr mit der Gesamtentwicklung dieses Bereiches befassen – wie ernst die Ergebnisse von der Senatsverwaltung genommen werden, bleibt abzuwarten.



Hans-Ulrich Riedel

Jahrgang 1955, verheiratet, zwei Kinder – seit 2006 Bezirksverordneter der Partei DIE LINKE, politisch engagiert seit 1969 (Schülersprecher, später GEV-Vorsitzender, jetzt Mitglied Schulkommission), Wanderer durch die Parteien: Auf der Suche nach Vernunft (FDP, später Liberale Demokraten, dann SPD, seit 2005 WASG) in der Linken angekommen.

Sommer vorm Balkon

Urlaub am und im Wasser

Der Sommer ist da, und das Wasser ruft. Laut Europäischer Kommission ist der Badespaß unbedenklich. Denn die Wasserqualität der europäischen Binnengewässer und Küstenregionen ist sehr gut. Rund 95 % der Küstenorte und 89 % der Flüsse und Seen erfüllen dieses Jahr die vorgeschriebenen Qualitätsanforderungen.

Auch in Berlin ist das Wasser sauber. In keiner Millionenstadt gibt es so viele Möglichkeiten in natürlichen Gewässern zu baden wie in Berlin. Havel, Spree oder Dahme sowie die vielen Seen in und um Berlin, aber auch zahlreiche Freibäder laden zum Badespaß für die ganze Familie ein.

Vor allem die Seen zeichnen sich durch eine ausgezeichnete Wasserqualität aus. Und die wird regelmäßig kontrolliert. Landesamt für Gesundheit und Soziales und die Gesundheitsbehörden der Bezirke testen in der Badesaison vom 15. Mai bis 15. September die Badeseen in Berlin. Fast alle Badestellen in Berlin erreichen das Urteil „hervorragend“. Die Wasserqualität der restlichen sechs Badestellen wurde mit „gut“ bewertet. Genießen Sie also die vielen Bademöglichkeiten in und um Berlin. Lassen Sie getrost ihre Füße im Wasser baumeln oder springen Sie hinein ins kühle Nass. Dafür müssen Sie in Berlin nicht mal Kurtaxe zahlen.

TD

... und dann mal nicht hinaus zum Wannsee ... Bademöglichkeiten im Bezirk



Wasserschutz – im eigenen Interesse

Über die Wasserqualität der Badeseen können sie sich auf der Internetseite www.berlin.de/badegewaesser informieren. Im Falle von Grenzwertüberschreitungen wird die Öffentlichkeit vom Bezirksamt und dem Landesamt für Gesundheitsschutz durch Schilder vor Ort, durch die Presse und durch das Bädertelefon (9021-6000) gewarnt.

Die Gesundheitsbehörden weisen im Übrigen darauf hin, dass die Badegäste

selbst ihren Beitrag zum Erhalt der Wasserqualität leisten können. So sollten für die Verrichtung der Notdurft die Toiletten am Ufer genutzt werden. Außerdem wird empfohlen, vor dem Baden auf das Eincremen mit Sonnenschutz zu verzichten, da diese sich im Wasser lösen kann, und der Sonnenschutz verloren geht.

Der Verzicht auf das Füttern von Wasservögeln ist ein weiterer Beitrag

Freibäder und Badestellen

Freibad Jungfernheide

Jungfernheideweg 60

Öffnungszeiten: 10-19 Uhr

U7 bis Siemensdamm, Bus 123 bis Halemweg

Tel.: 70 71 24 11

Sommerbad Olympiastadion

Olympischer Platz 1

Öffnungszeiten: 7-20 Uhr

U2 bis Olympiastadion, S75, S5 bis Olympiastadion

Tel.: 66 63 11 52

Sommerbad Wilmersdorf

Forckenbeckstr. 14

Öffnungszeiten: 7-20 Uhr

S41, S42, S46 bis S-Bahnhof Hohenzollerndamm

Tel.: 897 74 11

Freibad Halensee

Königsallee 5

Öffnungszeiten: 10-19 Uhr

S41, S42, S46 bis S-Bahnhof Halensee

Tel.: 891 17 03

Badestellen:

Teufelssee

Teufelsseechaussee 28

Bus X21 oder S-Bahn bis Eichkamp, dann noch ca. 1,5 km zu Fuß

Unterhavel/Grunewaldturm

Havelchaussee 61

Bus 218 bis Waldhaus, dann ca. 0,2 km zu Fuß

zum Schutz unserer Seen, den jeder leisten kann. Und dass die Badenden ihren Müll wieder mitnehmen, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Grüne Lungen mit Mehrwert



Der stille Lesesaal

Die Augen sind schon fast viereckig, durch das Bürofenster leuchtet der Himmel in unverschämtem Blau. Alles, was am nächsten Tag nicht fertig sein muss, bleibt auf dem Schreibtisch liegen. Die S-Bahn ist brechend voll. Die Luft ist unerträglich. Zu Hause fliegt die Aktentasche in die Ecke, und zehn Minuten später kann endlich Ruhe einkehren:

Der Lietzensee ist eine Oase inmitten der Hektik des Molochs Stadt. Nur entfernt wabert der Verkehr, über dem Wasser weht stetig ein leichter Wind. Ein einsamer Schwan zieht seine Bahnen. Das erste

Durchatmen seit dem Aufstehen, einfach nur daliegen und in den Himmel schauen, dösen und irgendwann doch das Buch. Kein anderer Ort in Berlin scheint Bücher derart anzuziehen wie dieser Park; sie könnten riesige Regale füllen. Dieser Park ist eine virtuelle Bibliothek. Bis in den Abend bahnt sich die Sonne ihren Weg zwischen den Baumwipfeln. Irgendwann weicht die letzte Spannung des Tages; und der nächste kann kommen, in der Gewissheit: Letzte Ausflucht Lietzensee.

NR



Das exotische Restaurant

Nördlich des Fehrbelliner Platzes, nur wenige Schritte vom Rathaus entfernt, finden Erholungssuchende eine der größten Grünanlagen im nördlichen Wilmersdorf: den Preußenpark.

Bekannt ist die Anlage nicht nur durch ihre verschiedenen Möglichkeiten, sich sportlich-spielerisch zu erholen, sondern auch durch deren Wiese, auf der an schönen Sommer- und -abenden ein buntes Treiben herrscht: Picknickende Familien mit Kindern, Menschen, die einfach nur in der Sonne liegen wollen, Thai-Länder, die ihre Spezialitäten anbieten, und deren hungrige Kunden.

Bereits in den Vormittagsstunden bereiten die Thais ihre improvisierten Imbissstände aus. Viele Mitarbeiter der anliegenden Behörden nutzen diese als preisgünstige Mittagsversorgung. Aber auch Touristen lassen sich die asiatischen Gerichte schmecken. Es soll schon Reiseführer geben, die den Preußenpark als Asia-Restaurant empfehlen. Sehr zum Leidwesen der anliegenden Cafés, Imbisse und dem Ordnungsamt – denn diese Form der Gastronomie ist illegal und droht das legale Gewerbe zu schädigen.

MB

Der königliche Sportplatz

Der Schlosspark in Charlottenburg wurde einst als französischer Barockgarten angelegt und später in einen englischen Landschaftsgarten umgestaltet. Im Verlaufe seines Bestehens entwickelte er sich zu einer einzigartigen, großzügig angelegten Mischung unterschiedlicher Garten- und Landschaftsgestaltung. Geometrische Strukturen der barocken Orangerie, die das Landschaftsbild unmittelbar am Schloss prägen verändern sich zu einem großzügig mit Wiesen und Wegen, Karpfenteich und Wasserläufen angelegten Park. In seiner Mitte befindet sich ein achteckiger Brunnen, eine bunt geschmückte Parkallee mit mehreren kleinen Seen. All dies lädt ein zum Flanieren und zunehmen auch zum Joggen oder Walken. Und so ziehen fast um jede Tageszeit, vor allem aber in den Vormittagsstunden an den Wochenenden Spazier- und Sportfreunde jeden Alters, Männer wie Frauen, manchmal den Kinderwagen vor sich her schiebend, zwischen dem Teehaus Belvedere, den breiten schattigen Uferwegen entlang der Spree ihre Runden.

CH